

Das Spannungsverhältnis der Grundwerte

(Entnommen aus der Magisterarbeit von Müller, Thorsten: Im Prinzip einig? Zur Entwicklung der Grundwerte von SPD und DGB in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2007.)

„Soweit sich die Grundwerte ergänzen, ist eine allgemeine Aussage über die Beziehungen der Grundwerte untereinander überflüssig. Sie gewinnt erst dann an Bedeutung, wenn die Grundwerte in Widerspruch zueinander stehen.“¹

Thomas Meyer schreibt: „Grundwerte kann man nicht verwalten“, sondern sie müssen sich in gesellschaftlichen Debatten bewähren. „Ihre einzelnen Dimensionen stehen oft im Spannungsverhältnis zueinander.“² Im Folgenden wird dieses Spannungsverhältnis dargelegt, indem eine Verabsolutierung der einzelnen Elemente der Grundwertetrias vorgenommen wird. Die Verabsolutierung jedes einzelnen Grundwertes macht die Widersprüchlichkeit zu den anderen Grundwerten deutlich. Es bedarf lediglich der konsequenten Verfolgung jedes Grundwertes, um zu erkennen, dass sie zur Kollision mit den benachbarten Grundwerten führt. Die Absolutheit eines Begriffes und die möglichen Auswirkungen sollen die Diskrepanzen mit den übrigen zwei Werten hervortreten lassen, die ansonsten leichter zu übersehen sind. Im Übrigen helfen Beispiele aus der Praxis die teilweise entstehende Widersprüchlichkeit aufzudecken.

Zum erwähnten Spannungsverhältnis seien an dieser Stelle einige Beispiele angeführt. Zunächst zur *absoluten Freiheit*: Die Freiheit jedes Individuums zu verabsolutieren führt zwangsläufig dazu, dass Gerechtigkeit in der Gesellschaft nicht mehr möglich ist und Solidarität unter den Menschen ausgeschlossen wird. Der Gerechtigkeitsgedanke kann keine Rolle spielen, wenn absolute Freiheit das Ziel jedes Einzelnen ist, da Gerechtigkeit die gleiche Freiheit aller verlangt. Sollte es gesellschaftsweit nur noch ein Streben nach absoluter Freiheit geben, muss es zu Konflikten mit anderen Menschen gleichen Ziels kommen und somit wird auch ein Solidaritätsgedanke ausgeschlossen. Deshalb heißt es in der Erklärung der Menschenrechte und Bürgerrechte von 1789 in Artikel IV: „Die Freiheit besteht darin, alles tun zu können, was einem Anderen nicht schadet: Die Ausübung der natürlichen Rechte eines jeden Menschen hat mithin nur die Grenzen, die den

¹ Schlei, Marie/ Wagner Joachim: Freiheit - Gerechtigkeit - Solidarität: Grundwerte und praktische Politik. Bonn-Bad Godesberg 1976. S. 94.

² Meyer, Thomas: Grammatik der Gerechtigkeit. Die falsche Ikonisierung, in: Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte. 50. Jg. Heft 10/2003. S. 18-21. S. 20.

anderen Gliedern der Gesellschaft den Genuß der gleichen Rechte sichern. Diese Grenzen können nur durch das Gesetz festgelegt werden.“³

Wozu unbeschränkte Freiheit der Arbeitgeberseite fähig ist, kann man heute noch mit Nutzen in dem Buch von Friedrich Engels über „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ von 1845 nachlesen.⁴ Willi Eichler sagt dazu: „Die unbeschränkte Freiheit entpuppte sich als die Freiheit, den Schwächeren die Arbeits- und Lebensbedingungen diktieren zu können.“⁵ Es ist die unbeschränkte Freiheit des Kapitals gegenüber den Arbeitern gemeint. Auf Seiten der Arbeitgeber sind es das Wissen über das Produkt und die nötigen Herstellungsprozesse, die Möglichkeit der Beschaffung von ausreichend Rohstoffen und die Mittel zur Verarbeitung. Daraus resultiert der Machtüberhang gegenüber jedem einzelnen Arbeiter. Es ist die Freiheit des Besitzenden der Produktionsmittel, die Produktivkräfte auszusuchen, die am wenigsten Anteile vom geschaffenen Mehrwert verlangen. Die Auswahl unter vielen Menschen mit gleicher Befähigung zur benötigten Arbeit erhöht zusätzlich die Freiheiten des Arbeitgebers. Wird diese Freiheit des Arbeitgebers nicht durch Solidarität der Arbeitnehmer untereinander mit Mitteln wie Arbeitsniederlegung, also Streik, öffentlichem Druck oder durch den Sinn für Gerechtigkeit der Gesellschaft insgesamt eingeschränkt, so sind der Willkür keine Grenzen gesetzt. Freiheit ist dann nur noch ein Gut Weniger, bei Unfreiheit Vieler. Darüber hinaus kann absolute Freiheit letztlich nur durch einen einzigen Menschen erreicht werden, denn „schon zwei Menschen mit voller Freiheit [kann] es *nicht* geben.“⁶ Das angeführte Beispiel verdeutlicht das Spannungsverhältnis zu den anderen Grundwerten, das zwangsläufig aus der Verabsolutierung eines der Grundwerte aus der Trias entsteht. Willi Eichler stellt fest, dass sich dieser Widerspruch erst auflöst, „wenn man die doktrinäre Verabsolutierung [...] aufgibt. Dann verwirklicht sich *Gleichheit der Würde* aller Menschen in der *Gleichheit der Chancen* für alle, in Freiheit ihr Leben persönlich, kulturell, wirtschaftlich und politisch zu gestalten.“⁷ Es ist hier dokumentiert, dass nur die Verbindung der Grundwerte sinnvoll ist und positive

³ Gauchet, Marcel: Die Erklärung der Menschenrechte. Die Debatte um die bürgerlichen Freiheiten 1789. Aus dem Französischen von Wolfgang Kaiser. Hamburg 1991.

Ähnlich übersetzt in: Microsoft Encarta 2006 [DVD]. Microsoft Corporation, 2005.

Im Original zu finden in der französischen Enzyklopädie: Grand Dictionnaire Encyclopédique Larousse. Tome 5. DANSER á EMBOUTEILLAGE. Paris 1995. P. 3414.

⁴ Siehe: Engels, Friedrich: Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Nach eigener Anschauung und authentischen Quellen. Zweite durchgesehene Auflage. Stuttgart 1892. (Ersterscheinung 1845)

⁵ Vorstand der SPD (Hg.): Willi Eichler. Grundwerte und Grundforderungen im Godesberger Grundsatzprogramm der SPD. Beitrag zu einem Kommentar. Bonn 1962. S. 9.

⁶ Ebd. S. 10.

⁷ Ebd. S. 10.

Wirkung in der Gesellschaft entwickelt. „Wer den notwendigen Zusammenhang der drei Grundwerte und ihre Gleichrangigkeit verkennt' - so der Orientierungsrahmen `85 – ,engt sie ein, höhlt sie aus und läuft schließlich Gefahr, sie - wie im Falle der totalitären Bewegungen – zu zerstören.“⁸ Diese Gleichrangigkeit und Gleichwertigkeit der Grundwerte sind wie die Grundwerte selbst als normative Ziele sozialdemokratischer Politik zu verstehen.“⁹

Als zweiter Aspekt wird *absolute Gerechtigkeit* betrachtet. „Gerechtigkeit ohne Gnade ist nicht viel mehr als Unmenschlichkeit“. Dieses Zitat von Albert Camus gibt in knappen Worten die Versuchung wieder, Gerechtigkeit um jeden Preis herstellen zu wollen. Die Konsequenz kann nur Unmenschlichkeit und damit auch Ungerechtigkeit sein. Der Hintergrund ist der Bedeutungsverlust, den die anderen gültigen Grundwerte Freiheit und Solidarität erfahren. Absolute Gerechtigkeit ist ein unmöglich zu erreichendes und nicht erstrebenswertes Ziel. Gerechtigkeit muss meist hergestellt werden und kann deshalb nur die Benachteiligung des Einen, zuvor Privilegierten, zu Gunsten des Anderen, zuvor Benachteiligten, bedeuten, somit ist absolute Gerechtigkeit nicht für alle erreichbar. Für von vorneherein besser Gestellte - sei es durch natürliche Voraussetzungen oder aufgrund der Verdienste der vorherigen Generationen – ist ein Eingriff, der aus Gerechtigkeitsgründen getätigt wird, einfacher zu bewältigen als für die weniger privilegierte Gruppe. So wie Cicero bereits in Bezug auf das Recht feststellte „summum ius summa iniuria“¹⁰ (Übersetzung Th.M. „Das auf die Spitze getriebene Recht ist das höchste Unrecht“) ist analog dazu das Streben nach höchster Gerechtigkeit ein schlechtes Streben, da höchste Ungerechtigkeit daraus folgt.

Zur *absoluten Solidarität* lässt sich ein Beispiel aus der jüngeren Außenpolitik Deutschlands anbringen. Es handelt sich um das Versprechen des Bundeskanzlers Gerhard Schröder vom 11. September 2001 unter dem Eindruck des gerade erfolgten Terroranschlags auf das World Trade Center in New York von „uneingeschränkter Solidarität“.¹¹ Dieses Versprechen der „uneingeschränkten

⁸ Vorstand der SPD (Hg.): Orientierungsrahmen `85. Ziffer 1.1. S. 9. zitiert nach: Schlei, Marie/ Wagner Joachim: Freiheit - Gerechtigkeit - Solidarität: Grundwerte und praktische Politik. Bonn-Bad Godesberg 1976. S. 95.

⁹ Schlei, Marie/ Wagner Joachim: Freiheit - Gerechtigkeit - Solidarität: Grundwerte und praktische Politik. Bonn-Bad Godesberg 1976. S. 95.

¹⁰ Cicero, Marcus Tullius: Vom rechten Handeln: lateinisch und deutsch. 2. durchgesehene und durch den lat. Text ergänzte Auflage. Zürich u.a. 1964. 1, § 33.

¹¹ Siehe: Schröder, Gerhard: Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder vor dem Deutschen Bundestag zum Terrorakt in den USA. 2001. Online im Internet:

<http://archiv.bundesregierung.de/bpaexport/regierungserklaerung/57/55757/multi.htm> und

Solidarität“ des Bundeskanzlers gegenüber dem Präsidenten und dem Volk der Vereinigten Staaten von Amerika und der dortigen Regierung basierte zunächst auf spontaner Beistandsbekundung, die auch durch die deutsche Bevölkerung gestützt wurde. Nicht nur die deutsche Bevölkerung und dessen Regierung, sondern letztlich auch die Staaten der North Atlantic Treaty Organization (NATO) unterstützten die Vereinigten Staaten, indem sie den Bündnisfall nach Artikel fünf des NATO-Vertrages erklärten.¹² Daraus und aus der UNO-Resolution 1368 (2001) vom 12.09.2001 sowie den folgenden Resolutionen 1373 (2001) vom 28.09.2001 und 1378 (2001) vom 14.11.2001 ergab sich die folgende Situation: „Auf der Basis dieser Resolutionen haben die USA und ihre Alliierten im Herbst 2001 einen Krieg gegen Afghanistan begonnen, der in relativ kurzer Zeit zum Sturz des Taliban-Regimes geführt hat, dem zu Recht vorgeworfen wurde, das internationale Terrornetzwerk al-Quaida aktiv und wirksam zu unterstützen.“¹³ Zu diesem Zeitpunkt war die uneingeschränkte Solidarität des Kanzlers durch die internationale Rechtslage, also durch eine Form von Gerechtigkeit, abgedeckt. Jedoch ist festzustellen, dass eine Fortsetzung dieser uneingeschränkten Solidarität im Jahr 2003 fatale Folgen für die Soldaten der Bundeswehr und ihrer Familien gehabt hätte. Die Vereinigten Staaten von Amerika griffen im März 2003 mit einer „Koalition der Willigen“ den Irak an. Sie warfen dem langjährigen Diktator Saddam Hussein Produktion von Massenvernichtungswaffen und Unterstützung des internationalen Terrorismus vor.

Dies ist ein Fall, in dem uneingeschränkte Solidarität auch in Gefolgschaft hätte umschlagen können. Man kann eine solche Gefolgschaft auch als Loyalität bezeichnen. Der britische Premierminister beispielsweise musste sich inzwischen mit Vorwürfen auseinandersetzen, die Loyalität zu den USA als eine Ursache der Kriegsteilnahme sehen. Solche Vorwürfe sind während einer Pressekonferenz in Tony Blairs Wahlkreis Sedgfield erhoben worden.¹⁴ In Bezug auf die deutsche Politik kann man konstatieren, dass sie sich insgesamt nicht einig darüber war, an diesem Krieg **nicht** teilzunehmen. Die Entscheidung des Bundeskanzlers und der Regierung stieß nicht bei allen politischen Parteien auf Gegenliebe. Dem klaren

Schröder, Gerhard: Erklärungen des Bundeskanzlers zu den Terroranschlägen in den USA. 2001. Online im Internet: <http://archiv.bundesregierung.de/bpaexport/artikel/34/55734/multi.htm> (Stand 06.02.2007).

¹² O.V.: NATO beschließt Bündnisfall. 2001. Online im Internet:

<http://archiv.bundesregierung.de/bpaexport/artikel/22/55922/multi.htm> (Stand 06.02.2007).

¹³ Nowak, Manfred: Das System Guantánamo, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): APuZ. 56. Jg. Heft 36/2006. S. 23-30. S. 23.

¹⁴ O.V.: Prime Minister's Press Conference – 3 September 2003. 2003. Online im Internet: <http://www.pm.gov.uk/output/Page3001.asp> (Stand 06.02.2007).

„Nein“ der amtierenden Bundesregierung stand ein diffuses Bekenntnis der Oppositionsführerin Angela Merkel zu George W. Bushs Konfrontationskurs – von ihr damals als „Drohkulisse“ bezeichnet – gegenüber.¹⁵ Die damalige Opposition ging noch darüber hinaus. Sie hat die Regierungsentscheidung scharf kritisiert und weiterhin ihre Verpflichtung gegenüber den USA in den Vordergrund gestellt.¹⁶ Die negativen Folgen – so wie sie heute am Beispiel der Briten und nicht zuletzt der Amerikaner selbst erkennbar sind – müssten bei einer anderen Entscheidung heute geteilt werden. Durch dieses Beispiel ist sicherlich erkennbar, welche negativen Folgen eine absolute Solidarität nach sich ziehen kann. Es lässt sich derzeit fast täglich in den Nachrichten verfolgen, was geschehen kann, wenn ein nicht zu rechtfertigender Krieg geführt wird.

Nimmt man einmal die bereits bekannten Analysekomponenten, wie den Versuch Schröders, durch sein „Nein“ zum Irak-Krieg im Wahlkampf zu punkten, heraus, so bleibt die Gerechtigkeitskomponente über. Sie hat zur Verhinderung einer „Für den Krieg“ - Entscheidung beigetragen. Ausgehend davon, dass es keine völkerrechtliche Grundlage für den Angriff auf den Irak gab, ist die zunächst zugesagte „uneingeschränkte Solidarität“ der Deutschen gegenüber den USA faktisch zurückgenommen worden. Wie ein Artikel der „Zeit“ vom 28. September 2006 belegt, war diese Entscheidung durchaus nicht leicht: „Er [Walter Steinmeier] war ja dabei, als es [...] um das Nein zum Irak-Krieg ging – ein Stück Emanzipation, ohne aus der Bündnisloyalität auszuscheren, ein Drahtseilakt sondergleichen.“¹⁷ Der politische „Drahtseilakt“ führte zu einer starken Abkühlung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika. Dies war bei der Entscheidung gegen eine Kriegsteilnahme abzusehen.

Die Worte *uneingeschränkte Solidarität* hatten die Vereinigten Staaten von Amerika als Adressaten. Es handelt sich hier um ein Loyalitätsversprechen und daraus resultiert Abhängigkeit. Wer sich mit solchen Worten an Personen oder Institutionen wendet, begibt sich in eine Abhängigkeit. Es ist schwer, sich daraus wieder zu befreien.

¹⁵ Spiegelonline: Zwiespalt: Union uneins über Bush-Rede. Online im Internet: <http://service.spiegel.de/digas/servlet/find/ON=spiegel-240769>

¹⁶ Merkel, Angela: Rede auf der XXXIX. Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik. 2003. Online im Internet: <http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?id=103&sprache=de&> (Stand 06.02.2007).

¹⁷ Hofman, Gunter: Die Ära nach dem Nein, in: Die Zeit v. 28. September 2006. S. 8.

Zwar hat der britische Premier nur von Solidarität¹⁸ gesprochen und nicht von uneingeschränkter Solidarität, jedoch hat auch Tony Blair mehr als Solidarität gemeint, wenn er vom Beistand ohne Zögern spricht: „We the British are a people that stand by our friends in time of need, trial and tragedy, and we do so without hesitation now.“¹⁹ Dieses Faktum hat bei den Briten, neben der bereits bestehenden „special relationship“ zu den USA, zur militärischen Beteiligung geführt²⁰, obwohl die britische Bevölkerung schon vor dem Kriegsbeginn dagegen war.²¹ Die Regierung und die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland haben jedoch durch den historisch begründbaren besonders ausgeprägten Friedenswillen und mit der Einsicht, dass ein Krieg gegen den Irak weder gerechtfertigt noch gerecht sein kann, rechtzeitig dieser vorher versicherten uneingeschränkten Solidarität und der daraus erwachsenen Verpflichtung Einhalt geboten.

Zum Schluss noch ein Beispiel, in dem aufgezeigt wird, dass es durchaus möglich ist, das Spannungsverhältnis der Grundwerte im Konkreten unter Verwendung aller Werte aufzulösen. Die Mitbestimmung ist ein Beispiel für den dreifachen Grundwertebezug. „Sie bringt mehr demokratische Freiheit, mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Solidarität im Arbeitsprozeß.“²² Aus der Sicht der Grundwerte bedeuten Verbesserungen durch das Betriebsverfassungsgesetz

- einen erweiterten Freiheitsraum für den einzelnen Arbeitnehmer,
- einen umfassenden sozialen Schutz der Arbeitnehmer durch Ausbau und Verstärkung der Mitbestimmung der Betriebsräte,
- eine verstärkte Präsenz der Gewerkschaften und einen Ausbau ihrer Befugnisse sowie
- einen größeren Schutz des Engagements der Arbeitnehmer in tarif-, sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen.

Diese Punkte bedeuten ein Mehr an Freiheit und Gerechtigkeit. Durch größere Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte gewinnen die einzelnen Arbeitnehmer sowie ihre Interessenvertreter in Betriebsräten demokratische Freiheiten hinzu: Sie

¹⁸ Blair, Tony: Prime Minister Tony Blair statement in response to terrorist attacks in the United States. 2001. Online im Internet: <http://www.pm.gov.uk/output/Page1596.asp> (Stand 06.02.2007).

¹⁹ Ebd. Online im Internet: <http://www.pm.gov.uk/output/Page1596.asp> (Stand 06.02.2007).

²⁰ Blair, Tony: Prime Minister's statement to the House of Commons following the September 11 attacks. 2001. Online im Internet: <http://www.pm.gov.uk/output/Page1598.asp> (Stand 07.02.2007).

²¹ Thibaut, Matthias: Blair gegen alle. Der britische Premier bereitet unbeirrt den Krieg vor – obwohl selbst in der eigenen Partei die Stimmung kippt. Online im Internet:

<http://www.tagesspiegel.de/politik/archiv/14.01.2003/391671.asp> und BBC News: „Million“ march against Iraq war. Online im Internet: <http://news.bbc.co.uk/1/hi/uk/2765041.stm> (Stand 16.02.2007)

²² Schlei, Marie/ Wagner Joachim: Freiheit - Gerechtigkeit - Solidarität: Grundwerte und praktische Politik. Bonn-Bad Godesberg 1976. S. 93.

gewinnen neue Möglichkeiten der Selbstbestimmung. Außerdem entspricht es den Geboten der Gerechtigkeit, dass Arbeitnehmer in der Regel gehört werden, in zahlreichen Fällen sogar zustimmen müssen, wenn der Arbeitgeber Maßnahmen ergreift, die diese mittelbar oder unmittelbar betreffen. Mehr Freiheit und Gerechtigkeit sollen die Arbeitnehmer vor allem auch durch eine verantwortungsbewusste Mitarbeit im Betrieb erreichen. Diese verantwortungsvolle Mitarbeit soll sie zur Solidarität untereinander und gegenüber dem Betrieb anhalten und dadurch den Betriebsfrieden noch besser als bisher sichern helfen.